



VW-Managerin Hohmann-Dennhardt 2016

MARIO WEZEL

Der Selbstbedienungsladen

Einkommen Alle Debatten um Managergehälter und Boni, selbst der Dieselskandal und Milliardenverluste haben bei Volkswagen nichts bewirkt: Jeder nimmt sich, was er kriegen kann.

Es gibt wohl nur ein Unternehmen, das einer Vorstandsfrau nach 13 Monaten im Amt eine Abfindung von 12,5 Millionen Euro und eine Rente von 8000 Euro monatlich zahlt. Nur eines, das der Vorstandsmannschaft in einem Jahr mit Rekordverlust noch Boni von 34,9 Millionen Euro überweist. Und das für 60000 Euro eine Heizanlage in den Firmenteich einbauen lässt, damit die Koi-Karpfen sich nicht verkühlen.

Es ist – natürlich – der Volkswagen-Konzern. Er ist, gemessen an den Verkaufszahlen, der größte Autohersteller der Welt. Man könnte auch sagen: der größte Selbstbedienungsladen.

In diesem Unternehmen besetzen Gewerkschafter und Politiker entscheidende Positionen. Als Vorsitzender des Betriebsrats agiert der IG-Metaller Bernd Osterloh, ohne dessen Zustimmung in der Volkswagen-Welt kaum eine Radkappe bewegt wird. Und weil Niedersachsen über 20 Prozent der Stimmrechte verfügt, sind auch zwei Politiker im Aufsichtsrat vertreten: Wirtschaftsminister Olaf Lies und Ministerpräsident Stephan Weil, beide SPD.

Nachdem der SPIEGEL am vergangenen Montag über die Millionenzahlung für die entlassene VW-Vorstandsfrau Christine Hohmann-Dennhardt berichtet hatte, entbrannte eine Debatte um Selbstbedienung auf den Top-Etagen. Sie müsste eigentlich ganz im Sinne der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz sein, der sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt und über hohe Managergehälter empört. Doch in diesem Fall sind es Schulzes Genossen, die diese VW-Verträge abgesegnet haben: die Sozialdemokraten Lies und Weil.

Die Frage ist: Warum genehmigen die beiden SPD-Politiker, Betriebsrat Osterloh und IG-Metall-Chef Jörg Hofmann, die alle im VW-Aufsichtsrat sitzen, so etwas? Warum beenden sie die Selbstbedienung nicht? Sind sie Teil dieses Systems?

Da ist der Fall Hohmann-Dennhardt. Nachdem im September 2015 der Dieselskandal aufgefliegen war, brauchte der VW-Konzern dringend jemanden, der glaubwürdig für einen Neuanfang stand, für die Einhaltung von Recht und Ordnung. Bei Daimler hatte die ehemalige Verfassungs-

richterin und hessische SPD-Justizministerin Hohmann-Dennhardt diese Aufgabe erfüllt, nachdem die Stuttgarter wegen eines Korruptionsskandals ins Visier der US-Behörden geraten waren.

VW-Aufsichtsräte lockten die Vorstandsfrau von Daimler zu Volkswagen. In Stuttgart hatte Hohmann-Dennhardt eine Art Treueprämie vereinbart. Ihr standen Aktienoptionen im Wert von knapp sieben Millionen Euro zu, wenn sie ihren Fünf-Jahres-Vertrag erfüllen würde.

Dieses Anreizsystem für Vorstände ist in deutschen Aktiengesellschaften weit verbreitet. Und völlig unsinnig. Warum muss ein Manager zusätzlich zu seinem Millionengehalt noch eine Prämie dafür erhalten, dass er seinen Vertrag erfüllt?

In Wahrheit sind solche Aktienoptionen Teil der Selbstbedienung auf den Führungsetagen. Wenn der Vorstand vorzeitig geht, verfallen die Aktienoptionen zwar. Aber in der Regel ersetzt der neue Arbeitgeber sie. Sonst würde der umworbene Vorstand kaum wechseln. Der Manager kann die Treueprämie also auf jeden Fall kassieren – auch wenn er untreu wird.

SPD-Ministerpräsident Weil und Betriebsrat Osterloh machten dieses Spiel mit, um Hohmann-Dennhardt zu einem Wechsel zu bewegen. So wie sie zuvor Herbert Diess, den sie von BMW abgeworben hatten, für dessen verfallene Aktienoptionen 5 Millionen zahlten und Andreas Renschler von Daimler 11,5 Millionen.

Weil und Osterloh argumentieren, VW stehe im Wettbewerb um gute Manager, der Aufsichtsrat habe nicht anders agieren können. Dumm nur, wenn er für viel Geld auch noch die Falschen holt.

In Wolfsburg hatte Hohmann-Dennhardt vom ersten Tag an einen Gegenspieler, mit dem sie eine kleine Episode verbindet: Manfred Döss. Der Jurist stand vor Jahren einmal bei Daimler auf der Kandidatenliste für einen Managerposten. Vorstandsfrau Hohmann-Dennhardt sortierte Döss aber nur auf Rang vier ein und engagierte einen anderen Bewerber.

Bei VW traf sie wieder auf diesen Döss. Als Leiter der Rechtsabteilung war er ihr zwar formal unterstellt. Aber Döss hatte die Rückendeckung der Familien Porsche und Piëch, die ihm zu Dank verpflichtet sind. Sie hatten Döss einst zu Porsche geholt. Er sollte dem Unternehmen helfen, sich gegen milliardenschwere Schadensersatzklagen von US-Hedfonds zu wehren.

Döss' Vorgänger hatte bereits nahegelegt, einen teuren Vergleich mit den Klägern abzuschließen. Döss dagegen suchte die Auseinandersetzung mit den Hedfonds und gewann Prozesse in den USA und Deutschland. Damit sicherte der Jurist einen Teil des Vermögens der Familien Porsche und Piëch. Diese zeigten sich erkenntlich und machten Döss zum starken Mann im VW-Konzern, wo er sich um die Aufarbeitung des Dieselskandals kümmern sollte.

Die Einstellung der ehemaligen Verfassungsrichterin Hohmann-Dennhardt, be-

8000 Euro Rente, jeden Monat, lebenslang: genehmigt von Betriebsrat und Ministerpräsident.

richten VW-Manager, war Döss von Anfang an suspekt. Mitarbeiter erzählen, Döss habe gesagt: „Die alte Nebelkrähe werde ich auch noch erledigen.“ Döss sagt, er habe diesen Satz nicht gesagt.

Auf jeden Fall konnte sich Hohmann-Dennhardt mit ihren Vorstellungen von der Aufarbeitung der Affäre immer weniger durchsetzen. Vertraute von ihr sagen, sie habe auch Probleme bekommen, weil sie den Dieselskandal gründlicher aufklären wollte, als dies manchem lieb gewesen sei.

Nach dieser Variante wäre Hohmann-Dennhardt Opfer der Wolfsburger Verhältnisse. Aber Konzerninsider schildern auch,

dass sie in ihrem Job überfordert gewesen sei. Die Verhandlungen in den USA habe deshalb Döss geführt, der den Vergleich mit dem US-Justizministerium schließlich auch unterzeichnete.

Wahrscheinlich ist an beiden Erklärungen für das Scheitern der Vorstandsfrau etwas dran. Zur Machtprobe kam es, als Döss sagte, er wolle Ansprechpartner für den Kontrolleur sein, den die US-Behörden für drei Jahre in den VW-Konzern entsenden. Hohmann-Dennhardt bestand darauf, dass dies ihre Aufgabe sei. Nun mussten die Aufsichtsräte sich entscheiden. Sie verhandelten mit Hohmann-Dennhardt über deren Ausscheiden.

Mit der Abfindung erhalte sie keinen Euro mehr als vertraglich zugesichert, argumentieren Weil und Osterloh. Mag sein. Aber warum haben der Ministerpräsident und der Betriebsrat der Vorstandsfrau noch ein „Ruhegehalt“ von 8000 Euro garantiert, zahlbar ab 1. Januar 2019, und dann lebenslang?

Das entspreche den üblichen Vergütungsregeln für VW-Vorstände, heißt es. Genau darin liegt das Problem. In diesem Konzern ist vieles üblich, was für Menschen außerhalb des Kosmos Wolfsburg nicht nachvollziehbar ist. Beispielsweise, dass die Vorstände im Krisenjahr 2015 weitere Millionenboni kassierten.

Ministerpräsident Weil und Betriebsrat Osterloh hätten längst dagegen angehen können. Warum hat Osterloh keine Demonstration der Belegschaft gegen die Millionenboni der Vorstände organisiert? Warum hat Weil den Managern nicht gedroht, ihre Verträge nicht zu verlängern, wenn sie mit ihrem Verhalten den Ruf des Unternehmens schädigen?

So läuft das System der Selbstbedienung immer weiter. Es läuft und läuft und läuft. Und mitunter verselbstständigt es sich auch, und den Vorständen werden Extraleistungen gewährt, die diese gar nicht eingefordert haben.

Bevor Martin Winterkorn 2007 als neuer Vorstandschef nach Wolfsburg kam, wurde die firmeneigene Villa, in die er einziehen wollte, aufwendig renoviert. Auch der Garten wurde neu angelegt, und der Architekt ließ einen Teich für Koi-Karpfen herrichten, in den später noch eine Heizanlage für die Fische eingebaut wurde.

Seitdem dies bekannt wurde (SPIEGEL 3/2017), ärgert sich Winterkorn über die Kois. Sie wurden zum Symbol für Gier. Dabei habe er nie den Wunsch geäußert, Kois zu halten, sagte Winterkorn zu Vertrauten. Die VW-Immobilienfirma glaubte offenbar, zu einem repräsentativen Anwesen gehöre ein Teich mit teuren Exoten.

Der Autokonzern kaufte sogar die Fische. Ein Mitarbeiter spottete: „Müssen wir die Kois auf die Inventarliste setzen?“

Frank Dohmen, Dietmar Hawranek



CHRISTIAN IRRGANG

CHRISTIAN IRRGANG

CHRISTIAN IRRGANG

WEITWINKEL

Bürger Gauck

Es sind die letzten Tage für Joachim Gauck als Bundespräsident. Ein letztes Mal Soldatenreihen abschreiten, Präsidentenkollegen die Hand schütteln. Bei seinen vielen Reisen und Tausenden Terminen der vergangenen fünf Jahre hat der Fotograf Christian Irrgang Gauck begleitet. Insgesamt hat er mehr als 15 000-mal auf den Auslöser gedrückt – weil er mit seinen Fotos etwas über den Menschen Gauck erzählen will, nicht über den Politiker. Mit Erfolg: Gauck zeigte Christian Irrgang Seiten, mit denen der nicht gerechnet hatte.

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN